

Impressum

Die Blätter der Wohlfahrtspflege werden herausgegeben vom:



**WOHLFAHRTSWERK
FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG**

Ingrid Hastedt
Vorsitzende des Vorstandes

Beirat:

Holger Backhaus-Maul
Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Philosophischen
Fakultät III (Erziehungswissenschaften) der
Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg

Dr. Konrad Hummel
Sozialreferent der Stadt Augsburg

Thomas Niemann
Hauptreferent des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes –
Gesamtverband e.V.

Wolfgang Schrank
Fachbereichsleiter und Mitglied der Geschäftsleitung
des Frankfurter Vereins für soziale Heimstätten e.V.,
Frankfurt am Main

Uwe Schwarzer
Leiter der Abteilung strategisches Management in der
Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der
Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Stuttgart

Prof. Dr. Wolf Rainer Wendt
Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft
für Sozialarbeit e.V.

Redaktion:

Gerhard Pfannendörfer, Heidestraße 70,
60385 Frankfurt am Main, Telefon 069 447401,
E-Mail Gerhard.Pfannendoerfer@t-online.de
Internet www.gerhard-pfannendoerfer.de

Verlag und Druck:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & .KG,
76520 Baden-Baden, Telefon 07221 2104-0,
Fax 07221 210427, E-Mail Nomos@nomos.de,
Internet www.nomos.de

Anzeigen:

sales friendly, Verlagssdienstleistungen, Bettina Roos,
Reichsstr. 45-47, 53125 Bonn, Fon 0228/9268835,
Fax 0228/9268836, roos@sales-friendly.de

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Jährlicher Bezugspreis: 58,- €. Jährlicher Bezugspreis
für Studierende und arbeitslose Bezieher (jährlicher
Nachweis erforderlich): 29,- €, Einzelheft 13,- €. Alle
Preise einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Ver-
triebskosten. Bestellungen nehmen der Buchhandel
und der Verlag entgegen. Abbestellungen vierteljähr-
lich zum Jahresende.

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen
Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich ge-
schützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom
Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vor-
herigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbe-
sondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Über-
setzungen, Mikroverfilmung und die Einspeicherung
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht die
Meinung der Redaktion oder des Verlages wiederge-
ben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die
keine Haftung übernommen wird – gelten als
Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des
Verlages. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht
sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung und
der Verwertung auch in elektronischen Medien ein-
verstanden.

ISSN 0340-8574

Zu diesem Heft

Ausfallbürge, Hoffnungs-
träger, Garant der Zivilge-
sellschaft – an Stiftungen
werden hohe Erwartungen
herangetragen. Manche Stif-
tungen sind mittlerweile
auch der Buhmann, wie die
Kritik an der Bertelsmann-
Stiftung zeigt (Seite 47).

Mit einer Stiftung soll ein be-
stimmter Auftrag dauerhaft
gefördert werden. Erforderlich ist dazu die verbindliche Erklärung des Stifters,
ein Vermögen zur Erfüllung eines von ihm vorgegebenen Zweckes zu widmen,
so der Paragraph 81 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Das Stiftungsvermögen
muss allerdings nicht nur aus Geld bestehen, auch Immobilien, Landbesitz, die
Beteiligungen an Unternehmen und verwertbare Rechte können den Grund-
stock einer Stiftung bilden. Die Stiftung unterscheidet sich durch andere
Rechtsformen dadurch, dass sie ihren Zweck grundsätzlich nicht ändern darf
und dass sie keine Mitglieder hat. Manche Organisationen, die den Begriff der
Stiftung in ihrem Namen führen, sind übrigens rechtlich gesehen gar keine. So
ist beispielsweise die Robert-Bosch-Stiftung eine gemeinnützige Gesellschaft
mit beschränkter Haftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein eingetra-
gener Verein.

Stiftungen übernehmen auch in Deutschland zunehmend Verantwortung in
verschiedenen Bereichen gesellschaftlichen Handelns, etwa im Sport, in der
Wissenschaft, der Bildung und der Kunst. Doch nach wie vor stehen soziale
Zwecke mit Abstand an erster Stelle, konstatiert Rupert Graf Strachwitz vom
»Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft« an der Hum-
boldt-Universität in Berlin. Er zeichnet in seinem Beitrag in diesem Heft die
Geschichte der Stiftungs idee nach, denn Stiftungen mit sozialem Auftrag sind
eine alte Organisations- und Rechtsform. Und gerade soziale Stiftungen hät-
ten immer wieder dazu beigetragen, für gesellschaftliche Bewegung zu sorgen.
Das Ende des Wohlfahrtsstaates und der Aufstieg der Zivilgesellschaft bräch-
ten den Stiftungen einen neuen Freiraum – und damit auch neue Verantwor-
tung.

Eine in Deutschland neue Organisationsform sind die Bürgerstiftungen, die
bei Stiftern, Spendern und freiwillig Engagierten seit den zehn Jahren ihres Be-
stehens zu einer attraktiven Alternative zu Vereinen und traditionellen Stif-
tungen geworden sind, schreibt in diesem Heft Stefan Nährlich, Geschäftsführer der »Aktiven Bürgerschaft«, eine Einrichtung der Volksbanken und
Raiffeisenbanken. Während die überwiegend ehrenamtlich geleistete Arbeit
der Bürgerstiftungen oft einen beschaulichen Eindruck erweckten, hätten die
Bürgerstiftungen doch einen innovativen Kern: sich selbst, denn sie seien eine
institutionelle Innovation in der Organisationslandschaft der deutschen Bür-
gergesellschaft.

Gerhard Pfannendörfer

*»Handle so, dass die Maxime
deines Willens jederzeit
zugleich als Prinzip einer
allgemeinen Gesetzgebung
gelten könne.«*

Immanuel Kant,
Kritik der praktischen Vernunft (1788)